

Wir appellieren an die Bundesregierung: den Worten müssen Taten folgen!

Bundeskanzler Merz und Außenminister Waideppl haben vor einigen Wochen die israelische Kriegsführung in Gaza als nicht mehr nachvollziehbar kritisiert, die humanitäre Notlage der Palästinenser im Gazastreifen unerträglich genannt und eine Überprüfung deutscher Rüstungsexporte an Israel angekündigt. Vor dem Hintergrund von Verletzungen des Völkerrechts und „Überschreitungen“ der Verhältnismäßigkeit könne man nicht mehr schweigen, hieß es. Für den mutigen Schritt, all dies zum ersten Mal mit klaren Worten zu benennen, haben der Bundeskanzler und der Außenminister unseren Respekt.

Weil Worte allein keine Verhaltensänderung auf israelischer Seite bewirken, muss die neue Bundesregierung nach diesem wichtigen Realitätscheck nun konkrete politische Schlussfolgerungen für ihre Nahostpolitik ziehen. Hierfür wollen wir folgende Gedanken in die Debatte einbringen:

1. Die in Gaza lebenden Palästinenser sind durch die fortgesetzte Gewalt der israelischen Kriegsführung, Vertreibungen und Zuweisungen immer kleinerer „safe zones“ existentiell bedroht. Das wurde durch die israelisch-iranische Konfrontation zuletzt fast verdrängt. Israel verweigert als Teil einer offen erklärten Politik überlebenswichtige Güter: Nahrung, Wasser, medizinische und sanitäre Infrastruktur, sichere Unterkunft, Strom und Treibstoff. Dies ist ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen. Die Verteilung von Nahrungsmitteln durch die *Gaza Humanitarian Foundation* im Auftrag der israelischen Regierung funktioniert nicht nach humanitären Prinzipien und erreicht die Menschen nicht ausreichend. Jeden Tag werden zudem hohe zweistellige Zahlen an Hilfsempfängern getötet, zumeist von der israelischen Armee. Dieser Verteilmechanismus scheint Teil des Plans zu sein, die Bevölkerung im Süden des Gazastreifens zu konzentrieren und letztlich möglichst viele Palästinenser aus Gaza zu vertreiben.

Die Bundesregierung sollte sich in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht noch nachdrücklicher für eine Öffnung des Gazastreifens einsetzen, insbesondere für UN-Organisationen wie das Welternährungsprogramm (WFP), das UN-Büro für die Koordination der humanitären Hilfe (OCHA) und das Flüchtlingshilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA), sowie für deren fortgesetzte finanzielle Unterstützung. Die Bundesregierung sollte sich dezidierter für Lösungen einsetzen, die den Palästinensern ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben in Gaza ermöglichen, und anderen Politiken wie Vertreibung und Besatzung eine noch klarere Absage erteilen.

2. Der Internationale Gerichtshof, die höchste gerichtliche Instanz der Vereinten Nationen, prüft derzeit, ob in Gaza ein Völkermord geschieht. Seit Januar 2024 ordnete der IGH mehrere vorläufige Maßnahmen an, die Israel und Drittstaaten verpflichten, einen möglichen Völkermord im Gazastreifen zu verhindern. Diese Pflicht ergibt sich auch aus Artikel 1 der Völkermordkonvention. Die Anordnung der Maßnahmen deutet darauf hin, dass der IGH den Vorwurf des Völkermords sehr ernst nimmt. Sollte der IGH urteilen, dass in Gaza Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder sogar ein Völkermord verübt wurden, wird Deutschland sich dem Vorwurf stellen müssen, es habe hierzu in voller Kenntnis der Umstände durch die Lieferung von Waffen, die in Gaza eingesetzt wurden, beigetragen.

Der Internationale Strafgerichtshof hat wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen Haftbefehle u.a. gegen Hamas-Führer und den israelischen Premierminister Netanyahu erlassen. Sich über die Verbindlichkeit dieser Haftbefehle hinwegzusetzen, wäre ein klarer Verstoß gegen (auch deutsches) Recht. Obendrein wäre es der Bundesrepublik,

einem aktiven Gründungshelfer des Strafgerichtshofs, unwürdig.

Die Bundesregierung muss diese Verfahren respektieren. Sie sollte schnellstens eine restriktivere Haltung zu Rüstungsexporten und zur militärischen Kooperation mit Israel entwickeln. Sonst drohen Konsequenzen vor internationalen Gerichtshöfen und nach innerdeutschem Recht womöglich auch strafrechtliche Schritte gegen Beamte und Politiker.

3. Es ist öffentlich erklärte Politik der aktuellen israelischen Regierung, Gaza wiederzubesetzen, immer weitere Teile des Westjordanlands zu annektieren und die Ausreise einer möglichst großen Zahl von Palästinensern zu erwirken. Im Westjordanland schikanieren gewalttätige Siedler unter Duldung und teils Mitwirkung der israelischen Armee regelmäßig Palästinenser, töten und verletzen sie, stecken ihre Häuser, Autos und Olivenhaine in Brand. Die USA scheinen die Zweistaatenlösung aufgegeben zu haben und lassen Israel freie Hand. Wer sich bei diesem Vertreibungsprojekt nicht mitschuldig machen will und bei der Zerstörung der physischen Grundlage der Zweistaatenlösung oder anderer Formen einer friedlichen Koexistenz nicht zusehen will, muss jetzt dagegenhalten. Gemäß dem vom Internationalen Gerichtshof im Sommer 2024 erlassenen Gutachten sind Drittstaaten wie Deutschland sogar dazu verpflichtet.

Die Bundesregierung sollte angesichts der sich ständig verschärfenden Situation im Westjordanland noch klarer als bisher die Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Besatzung, der israelischen Siedlungspolitik und der sich abzeichnenden Vertreibungen feststellen und hieraus Konsequenzen ableiten: europäisch abgestimmte Einreiseverbote für gewalttätige Siedler, Wirtschaftssanktionen gegen die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, eine klare Politik der Europäischen Union gegen jede direkte oder indirekte Förderung der Besatzung und Siedlungspolitik. Das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel sieht ebenfalls geeignete Maßnahmen vor. Eine Mehrheit der EU-Staaten ist dafür, dass auf die Überprüfung der Menschenrechtsklausel konkrete Maßnahmen folgen. Druck ausüben, wenn ein befreundeter Staat sich ins Unrecht setzt, darf auch im deutsch-israelischen Verhältnis kein Tabu sein.

4. Um Missverständnissen vorzubeugen: Unsere Empathie gilt *allen* zivilen Opfern von Tötungen, Folter, Vergewaltigungen, Entführungen, Vertreibungen und anderen Kriegsverbrechen: Israelis *und* Palästinensern. Umgekehrt gilt unsere Kritik allen, die solche Taten begehen, in vorderster Reihe Hamas, die nicht nur Israelis, sondern auch der eigenen Bevölkerung unentschuldbaren Schaden zugefügt hat und die wir auffordern, alle noch lebenden Geiseln unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen. Das begangene Unrecht lässt sich jedoch nicht aufrechnen und erteilt keinen Dispens vom humanitären Völkerrecht.

Die Prinzipien der UN-Charta, die Achtung des humanitären Völkerrechts und die von uns gewollte regelgestützte internationale Ordnung stehen unter massivem Druck. Soll zukünftig die Stärke des Rechts gelten oder das Recht des Stärkeren? Den richtigen Weg einzuschlagen, wird Mut erfordern. Der Ausgang wird nicht nur darüber entscheiden, wie es im Nahen Osten weitergeht, sondern in unserer internationalen Ordnung insgesamt.

Schließlich: Wenn die Existenz und Sicherheit Israels Teil deutscher Staatsraison sind, darf Deutschland auch nicht dazu beitragen, dass Israel sich selbst verliert und ruiniert. Ein Status Israels als internationaler Pariastaat, der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen wurde und sich gegen entsprechende Konsequenzen nur noch durch ein US-Veto im Sicherheitsrat behaupten kann, würde die Sicherheit und Zukunft

Israels als demokratischen und liberalen Lands zur Disposition stellen.

Wahre Freunde handeln, wenn sich ihr Freund in Gefahr begibt. Den begrüßenswerten Worten der Bundesregierung müssen daher jetzt auch Taten folgen. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch und werden u.a. in der EU seit langem diskutiert: Neben den oben genannten Maßnahmen wäre das insbesondere die Anerkennung eines demokratisch legitimierten palästinenschen Staates. Für die deutsche Nahostpolitik, die seit Jahrzehnten für sich beansprucht, einen besonders hohen ethisch-moralischen Anspruch zu verfolgen, gilt umso mehr: Die Zeit zu handeln ist jetzt.

Zeichner:

Michael BOCK
Christian CLAGES
Bernd ERBEL
Hansjörg HABER
Bernhard KAMPMANN
Martin KOBLER
Christian MUCH
Carola MÜLLER-HOLTKEMPER
Cyrill NUNN
Peter PRÜGEL
Birgitta SIEFKER
Brita WAGENER
Volkmar WENZEL

Die Autoren sind ehemalige deutsche Botschafterinnen und Botschafter u.a. in Amman, Ankara, Bagdad, Beirut, Damaskus, Islamabad, Kairo, Ramallah, Rabat, Riad, Sanaa, Teheran, Tripolis und Tunis.